



Partei (diese Funktion entspricht derjenigen eines Finanzministers im Schattenkabinett), erklärte in seiner Rede, die allgemeinen Bestimmungen hinsichtlich der Besteuerung von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren entsprächen gesunder internationaler Praxis, und es sei deshalb nichts dagegen einzuwenden. Was hingegen unannehmbar sei, sei dass im Abkommen mit der Schweiz von Kanada verlangt werde, den Schutz jener Leute zu bestätigen, die sich hinter den privilegierten geheimen Nummernkonten versteckten. Unter allen sechs Abkommen beschränke nur dasjenige mit der Schweiz den Zugang zur Information über Steuerhinterziehung und andere internationale Schwindeleien. Im Vergleich zur Lösung zwischen der USA und der Schweiz habe Kanada ein unzulängliches Verhandlungsergebnis erreicht. Der Zeitpunkt des Abkommens mit der Schweiz sei übrigens im Lichte der kürzlichen Vorkommnisse bei den Crown Corporations (AECL und Polysar) und angesichts der gegenwärtig laufenden Überprüfung der Bankengesetzgebung in der Schweiz schlecht gewählt. Schweizerische Bankkreise hätten ihm mitgeteilt (!), wie naiv die kanadischen Unterhändler gewesen seien. Es entspann sich eine Diskussion mit Finanzminister Macdonald, ob die Schweiz eine Steueroase sei oder nicht. Der Minister konnte dieses Argument widerlegen.

Verschiedene andere konservative Redner kritisierten das Abkommen, so Mr. Ray Hnatyshyn (Saskatoon-Biggan), der sehr präzise über die neueste Vereinbarung zwischen der Nationalbank und den Schweizerbanken, die Chiasso-Affäre, die Geschichte des Bankgeheimnisses aus den 30-er Jahren und namentlich auch die Crown-Corporations-Affären im Bilde war. Mr. Bill Clarke (Vancouver Quadra) zitierte in extenso den unergiebigen Briefwechsel zwischen AECL/Royal Bank einerseits und der Banca della Svizzera Italiana andererseits. Mr. John C. Crosbie (St. John's West, Neufundland) warf dem Finanzminister vor, sich mit den schweizerischen Gnomen gleichzusetzen. Wenn schon ein Steuerabkommen mit der Schweiz abgeschlossen werden müsse, dann hätte Kanada wenigstens versuchen sollen, von der Schweiz einige Konzessionen bezüglich des Bankgeheimnisses zu

erhalten. Kanada sollte etwas unternehmen, dass Länder wie die Schweiz, Panama, Costa Rica oder Liechtenstein nicht mehr als Fluchtorte für unehrlich erworbene Mittel benutzt werden könnten. Er rief die Affäre der Churchill Forest Industries in Manitoba in Erinnerung sowie einen Fall mit Liechtenstein (Transshipping Incorporated).

Mr. Gordon Ritchie (Dauphin) wies ebenfalls auf Bestrebungen in der Schweiz hin, die Bankengesetzgebung, welche die Schweiz in üblen Ruf gebracht habe, zu revidieren.

Mr. Sean O'Sullivan (Hamilton-Wentworth) war der Ansicht, dieses Abkommen sei dazu angetan, die jungen Kanadier zynisch über die Ehrenhaftigkeit der eigenen Regierung werden zu lassen.

Hätte im Parlament kein Fraktionszwang bestanden, so wäre dem Abkommen vermutlich nicht zugestimmt worden.

Zweifellos lag einer der Gründe für die vehemente Opposition der Konservativen darin, dass man die Gelegenheit nicht verpassen wollte, der Regierung eines auszuwischen, namentlich was die Affären um die Crown Corporations angeht. Dennoch lässt sich als Schlussfolgerung aus der Debatte ableiten, dass die Schweiz in gewichtigen politischen Kreisen Kanadas als suspekter Vertragspartner in Steuer- und Finanzsachen betrachtet wird, selbst wenn der materielle Inhalt des Vertrages unbestritten ist.

Der Schweizerische Botschafter:

*Pictet*

(Pictet)